

Parlament bedarf keiner Belehrung

Auf die öffentlichen Äußerungen von Finanzminister Peer Steinbrück zur künftigen Nutzung der Villa Horion reagiert der Präsident des Landtags, Ulrich Schmidt, mit Befremden. „Das Parlament bedarf als Haushaltsgesetzgeber nicht der Belehrung durch die Landesregierung, was haushaltspolitisch zu rechtfertigen ist und was nicht“, erklärte Schmidt in einer ersten Stellungnahme. „Der Ältestenrat hat seine Beratungen über die weitere Verwendung der ‚Horion-Villa‘ noch nicht abgeschlossen. Es liegen verschiedene Nutzungsvorschläge auf dem Tisch. Der von der CDU zusätzlich gemachte Vorschlag, die Villa als Bürohaus zu nutzen, wird zurzeit noch von der Landtagsverwaltung geprüft. Hierüber werde ich dem Ältestenrat berichten. Bisher haben sich alle Fraktionen des Landtags dafür ausgesprochen, dass die ‚Horion-Villa‘ auf jeden Fall in Landesbesitz bleibt. Es ist weder hilfreich noch angebracht, parlamentarische Beratungen dadurch beeinflussen zu wollen, dass Fraktionsvorschläge schon im Vorfeld als „nicht vertretbar“ bezeichnet werden.“

Einbürgerung von Kindern

Die innenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der SPD-Fraktionen des Bundestages, der Landtage sowie im Europäischen Parlament haben bei einer Konferenz in Düsseldorf noch vor dem Jahreswechsel die Initiative von Bundesinnenminister Otto Schily und NRW-Innenminister Dr. Fritz Behrens (beide SPD) begrüßt, die Antragsfrist für die Einbürgerung von Kindern bis zu zehn Jahren um ein Jahr über den 31. Dezember 2000 hinaus zu verlängern und zugleich eine Verringerung der Einbürgerungsgebühr von derzeit 500 Mark anzustreben. Das teilte der Vorsitzende des Arbeitskreises Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Jürgen Jentsch, mit.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner
 (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
 8 84 30 22
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag
 intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
 Pressesprecher des Landtags
 Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),
 Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt
 MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
 Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamen-
 tarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel
 MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer;
 Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
 Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael
 Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher
 (GRÜNE), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Ver-
 lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
 LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
 gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Ein Säulendiagramm allein hätte Marlies Stotz nicht gereicht, um ihren Sieg zu belegen. Der rote und der schwarze Pfeiler standen am Abend des 14. Mai augenscheinlich auf derselben Höhe. Den optischen Gleichstand konnten nur Zahlen hinter dem Komma widerlegen: Mit dem mikroskopisch kleinen Vorsprung von 0,07 Prozent errang die Lippstädterin das Direktmandat für die SPD. Gerade einmal 43 Stimmen garantierten ihr den Einzug in den Landtag und zugleich einen historischen Platz in den Wahlstatistiken. Der Sieg war mühsam erkämpft, obwohl zuvor noch ein von der CDU dominierter Wahlbezirk aus ihrem Wahlkreis 141 (Soest II) ausgegliedert worden war. Dies symbolisierte aber auch den steinigen Weg, den die 41-Jährige zurücklegen musste. Sie sorgte im SPD-Unterbezirk Soest für Wirbel, weil sie bei der Kandidatenaufstellung ausgerechnet gegen ihren ehemaligen Arbeitgeber Karl-Heinz Brülle antrat. Brülle, der selbst zwischen 1985 und 1995 Landtagsabgeordneter in Düsseldorf gewesen war, unterlag der Debütantin in einer Kampfabstimmung. Stotz gilt als neue Hoffnungsträgerin, auch weil Brülle 1995 gegen seinen CDU-Kontrahenten verlor und die Lippstädter Sozialdemokraten fünf Jahre ohne Kontaktperson in Düsseldorf auskommen mussten. Eben über jenen Karl-Heinz Brülle fand Marlies Stotz 1985 zur Politik: Nach sechsjähriger Tätigkeit in einem Unternehmen bewarb sich die Großhandelskauffrau damals bei ihm um die ausgeschriebene Stelle als Wahlkreis-Mitarbeiterin. „Für einen CDU-Abgeordneten hätte ich nicht gearbeitet. Die SPD war immer meine Partei“, sagt Stotz. Zwangsläufig musste sie sich nun mit den Feinheiten der Programmatik auseinandersetzen. „Ich habe mich in die Inhalte reingekniet, sonst hätte ich keine gute Arbeit machen können“, sagt sie.

Die Zeit an der Basis hat ihr Profil geprägt. Sobald man sie auf ihre Motivation im Landtag anspricht, verweist sie auf die Probleme vor Ort. „Ich möchte vor allem die Interessen unserer ländlichen Region gegenüber den Ballungszentren mehr in den Vordergrund schieben“, sagt Stotz. Ihre Haltung ließe sich mit Bodenhaftung beschreiben. Das liegt daran, dass Stotz Politik von der Pike auf gelernt hat. Sie war Zuarbeiterin, Wahlkämpferin („Plakate musste ich auch kleben“) und kandidierte 1989, ein Jahr nachdem die Bundespartei in Münster die Frauenquote beschlossen hatte, für die Kommunalwahl. Stotz schaffte den Einzug in den Lippstädter Rat. Drei Jahre später schloss sie nebenbei ihre Fortbildung zur staatlich geprüften Betriebswirtin ab. Seit 1994 ist sie stellvertretende Bürgermeisterin. Zwischen 1995 und 2000 arbeitete sie für den Lippstädter SPD-Bundestagsabgeordneten Eike Hovermann. Seit März dieses Jahres ist Stotz Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes und hat damit ihre Position an der Basis noch fester verankert. Im August wurde sie in den Vorstand des SPD-Bezirks Westliches Westfalen gewählt.

Seit ihrem Einzug in den Düsseldorfer Landtag ist das Arbeitspensum enorm gestiegen, dennoch klammert sie ihre Hobbys nicht aus: Stotz liebt ausgedehnte Radtouren, Ski fahren und Kochen mit Freunden. Sie selbst sagt, dass sie das alles nur schaffen könne, weil sie ledig sei. Die Erwartungen und Anforderungen seien mittlerweile sehr groß. Dennoch wirkt die 41-Jährige nicht so, als ob sie



Marlies Stotz (SPD)

davon erdrückt wird. Ganz im Gegenteil strahlt sie im Gespräch Frische und Jugendlichkeit aus.

In der SPD-Landtagsfraktion gehört Stotz eher zu den Unscheinbaren. Ihr Landtagsbüro ist noch kahl und unpersönlich. Es gleicht ein wenig ihrem politischen Profil, das sie sich in Düsseldorf erst erarbeiten muss. Als einen ihrer Schwerpunkte nennt sie die Kinder- und Jugendpolitik. Stotz will sich insbesondere für ein besseres Angebot bei der Ganztagsbetreuung an Schulen einsetzen. Stotz sitzt als stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie und als ordentliches Mitglied im Petitionsausschuss.

Ihr Name wird bald absehbar häufiger in der Fraktion, aber auch im Landtag fallen. Denn sie ist mit einem der schwierigsten und unpopulärsten Probleme vertraut, das Parlament und Landesregierung lösen müssen: Es gilt, neue Standorte für Forensiken zu benennen und diese notfalls auch gegen den Widerstand der Betroffenen zu verteidigen. Stotz' Geburts- und Heimatstadt ist seit Jahren untrennbar mit folgender Assoziationskette verbunden: Lippstadt – Eickelborn – Forensik. Stotz ist eine wichtige Zeugin für ihre Fraktion, denn sie kennt das Leben in der Nähe einer Forensik und kann trotzdem von einem normalen Alltag sprechen. „Es ist wirklich nicht so, dass man als Lippstädter den ganzen Tag daran denkt“, sagt Marlies Stotz. Aber auch sie weiß, dass die Bewohner des Stadtteils Eickelborn viel intensiver mit der Klinik konfrontiert werden, zumal 1994 ein Sexualmord, verübt von einem Patienten, blankes Entsetzen auslöste. Stotz kann die Ängste in der Bevölkerung nachvollziehen und prognostiziert, dass es beim Neubau von Kliniken Widerstände geben wird. Deshalb möchte sie mithelfen, „Vertrauensarbeit“ für die Bürger zu leisten. Stotz setzt sich vehement für eine schnelle Entlastung der Eickelborner Forensik ein, die von der Landesregierung auch angekündigt ist. Von der verlangt sie absolut fehlerfreies Handeln: „So etwas wie in Herten darf nicht noch einmal passieren.“

Kristian Frigeli

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)